

Hält die Bundesregierung Wort?

Aufgrund des zunehmenden Bedarfs an neuen einsatzkritischen Datenanwendungen bei den BOS werden zusätzliche Infrastrukturen – speziell zur Deckung des wachsenden Bandbreitenbedarfs – erforderlich. Mit geeigneten Breitbanddiensten können sich mobile Einsatzkräfte, auch unter Zuhilfenahme visueller Informationen, jederzeit und an jedem Ort ein umfassendes Lagebild als Grundlage fundierter Entscheidungen beschaffen. Solche Dienste sind insbesondere dort unverzichtbar, wo beispielsweise extreme Wetterereignisse oder Terrorakte Menschenleben bedrohen.

Digitale Agenda der Bundesregierung

Die BOS benötigen – wie im heutigen Digitalfunk – auch für mobile breitbandige Datenanwendungen ein eigenes, ausschließlich für ihre Belange vorgesehenes Breitbandsystem. Voraussetzung dafür ist ein geeignetes Frequenzspektrum. Das hat auch die Bundesregierung in ihrer Digitalen Agenda 2014 – 2017 im August 2014 unmissverständlich anerkannt und versprochen: „Für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sowie die Bundeswehr werden wir den Zugang zu ausreichend Frequenzspektrum gewährleisten. Dabei werden wir sicherstellen, dass zusätzlich zu der geplanten Bereitstellung von 2 x 30 MHz zur Unterstützung des Breitbandausbaus auch Frequenzen für die künftige Breitbandkommunikation der Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr im 700-MHz-Bereich zur Verfügung gestellt werden.“

An dieses Versprechen muss die Politik eindringlich erinnert werden. Denn trotz der eindeutigen Aussage der Bundesregierung in ihrer Digitalen Agenda lässt der zuständige Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, erhebliche Zweifel daran aufkommen, ob die Bundesregierung tatsächlich den Anforderungen der BOS Rechnung tra-

gen wird. Minister Dobrindt plant, Frequenzspektrum im 700-MHz-Bereich den Betreibern kommerzieller Mobilfunksysteme in Form einer Versteigerung anzubieten und den BOS lediglich Frequenzen in nicht harmonisierten Randbereichen zuzuweisen.

Offener Brief an Minister Dobrindt

Der Bundesverband Professioneller Mobilfunk e.V. (PMeV) hat den Bundesminister in einem offenen Brief an die Zusage der Bundesregierung aus ihrer Digitalen Agenda erinnert: „Als Branchenverband der Anwender, Hersteller und Systemintegratoren professioneller Mobilfunksysteme möchten wir aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass aktuell diskutierte Szenarien, in denen Frequenzen in Lücken und Randbereichen der zur Versteigerung an öffentliche Netzbetreiber vorgesehenen 2 x 30 MHz des 700-MHz-Bandes für die Nutzung durch die BOS vorgesehen werden, keine technisch und wirtschaftlich realistische Alternative darstellen. Diese Szenarien stellen kommerzielle Interessen über die Interessen der öffentlichen Sicherheit in Deutschland. Daher appellieren wir eindringlich an Sie, sehr geehrter Herr Dobrindt, dafür Sorge zu tragen, dass die Zusage der Bundesregierung, den BOS ausreichend geeignetes (!) Frequenzspektrum im 700-MHz-Bereich zur Verfügung zu stellen, eingehalten wird. Die BOS benötigen ein schnelles, zuverlässiges und sicheres Kommunikationsnetz, um Leben zu retten, Menschen zu schützen sowie öffentliche Gefahren abzuwenden und zu bekämpfen.“

Im Interesse der Wahrung der öffentlichen Sicherheit ist es dringend geboten, den BOS ein Frequenzspektrum von mindestens zwei Mal 10 MHz im europäisch harmonisierten 700-MHz-Bereich zur Verfügung zu stellen. Ohne zusätzliche Frequenzen werden die Sicherheitsbehörden ihren Auftrag angesichts neuer Herausforderungen in Zukunft nicht mehr erfüllen können.

Neu im PMeV: Fachverband Leitstellen



Volkmar Lang, Vorstandsmitglied

(Foto: Lang)

Der Fachverband Leitstellen e.V. (FVLST) wurde am 7. Mai 2014 in Bremerhaven ins Leben gerufen und zählt derzeit fast hundert Mitglieder, die in Leitstellen der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) beschäftigt sind. Es gibt rund 250 BOS-Leitstellen in Deutschland. Ziel des Verbandes ist es, sich im Interesse der Mitarbeiter der Leitstellen aktiv in den Veränderungsprozess in den Leitstellen sowie bei Feuerwehren, Rettungsdiensten und beim Katastrophenschutz einzubringen. Konkrete Anliegen des FVLST sind u.a. die Durchsetzung und Verbesserung von Qualitätsstandards, einheitliche und dem Bedarf entsprechende Personalqualifikation sowie die Unterstützung der Leitstellen bei der Einführung neuer Technologien. Der FVLST richtet sich in erster Linie an Entscheidungsträger in Leitstellen und deren Peripherie, welche mit ihrer ordentlichen Mitgliedschaft bei allen wichtigen Entscheidungen stimmberechtigt sind. Darüber hinaus steht der Verband weiteren mit Leitstellen befassten Interessenten wie z.B. Disponenten, Technikern oder auch Firmen aus dem Bereich der Leitstellenzulieferer in Form einer außerordentlichen Mitgliedschaft offen. Aus der Gesamtmitgliedschaft heraus hat sich ein Fachbeirat konstituiert, der den Vorstand bei der Bearbeitung grundsätzlicher Themen unterstützt.

 **Fachverband
Leitstellen e.V.**

info@fvlst.de

www.fachverband-leitstellen.de